

einstigen Hochkommissar der Sowjetunion für Deutschland Wladimir Semjonow vermutet, in paternalistischer Weise über den Kunstbetrieb in der DDR, insbesondere so „formalistische“ Tendenzen, die er hier zuhauf wittert, und empfiehlt eine weitaus strengere Linie. Beide Ereignisse bestimmten die Debatten der wenig später – im März 1951 – stattfindenden Tagung des SED-Zentralkomitees (S. 403 f.), dem dritten zentralen Ereignis, in der alles richtungsweisend in Zement gegossen werden sollte.

Insgesamt bietet der Sammelband einen profunden Einblick in Struktur und Arbeitsweise sowie in das institutionelle Geflecht und die systemischen Abhängigkeiten der Staatlichen Kommission für Kunstangelegenheiten der DDR, zeigt Kontinuitäten und Brüche auf – auch personelle – und führt vor Augen, wie eine umfassende kulturelle „Gleichschaltung“ bewerkstelligt wurde. Bei den Kulturdebatten der frühen DDR-Jahre ging es stets auch um eine dualistische Freund-Feind-Setzung: auf der einen Seite die antifaschistisch-antibürgerliche und fortschrittliche realistische Kunst, auf der anderen Seite die bürgerlich-dekadenten, in ihrer Gegenstandsleere rückwärts-gewandten Kunstformen des kapitalistischen Systems. Auf jene Freund-Feind-Schemen reagierte übrigens auch das bundesrepublikanische Kunstsystem seinerseits mit einer reflexartigen Überbetonung des Nichtgegenständlichen in der Kunst als Akt der Freiheit. Ein Blick in die Kataloge der turnusmäßig abgehaltenen „Zentralen Kunstausstellungen“ in Dresden und des Gegenmodells, der „documenta“ in Kassel, lohnt sich.

Potsdam

Michael Kunz

THOMAS SCHUBERT, Wahlkampf in Sachsen. Eine qualitative Längsschnittanalyse der Landtagswahlkämpfe 1990–2004, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2011. – 455 S., 3 Abb., 27 Tab. (ISBN: 978-3-531-18048-9, Preis: 69,95 €).

Nach mehr als zwei Jahrzehnten ist vielen nicht mehr bewusst, was Thomas Schubert an den Beginn seiner Dissertation stellt: „Die Wahl zum Sächsischen Landtag am 14. Oktober 1990 gab den Bürgern ihre wichtigste Partizipationsmöglichkeit zurück.“ (S. 17). Diesen und die folgenden drei Landtagswahlkämpfe betrachtet der Politikwissenschaftler in acht Kapiteln vorrangig zwischen den dominierenden Parteien CDU, SPD und PDS. Seine Angaben zur chronologischen Auflistung und die analysierenden Grundaussagen gewinnt er sowohl durch interaktive Befragungen als auch die Auswertung von Dokumenten und Sekundärdaten. Eine Einschränkung erklärt Schubert vorab: „Während die programmatische und innerparteiliche Ausrichtung im Wahlkampf sehr gut aus der öffentlichen Dokumentation hervorgeht, lassen sich Strategien, Organisationsschemen oder personelle Rollenverteilungen nur ansatzweise aus publizierten Materialien extrahieren“ (S. 29). Dennoch entfaltet er beeindruckende, zeit- und lebensnahe Darstellungen, in ihrer Glaubwürdigkeit stimmige Analysen, welche über die jüngere sächsische Parteiengeschichte ein authentisches Abbild vermitteln.

Nach Friedlicher Revolution, deutscher Wiedervereinigung und der Neuausrufung des Freistaates Sachsen auf dem Meißner Burgberg folgte dem nominellen Mehrparteiensystem der DDR 1990 eine demokratisch legitimierte Wahl zum Sächsischen Landtag. Um dessen Parlamentssitze bewarben sich neben ehemaligen Funktionsträgern der DDR-Parteien Bürgerrechtsaktivisten der Wendezeit und Oppositionellen der DDR, Bürger, die tatkräftig bei den demokratischen Veränderungen der Heimatregion mitwirken wollten. In die höchste politische Vertretung des Freistaates zogen Mitte Oktober 1990 fünf Parteien. Die CDU konnte die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen.

Noch ein Jahr vorher galten die Christdemokraten als Blockpartei-Erfüllungsgehilfe der SED. Wie konnte die Partei in diesem historisch kurzen Zeitraum ihren Ruf so wesentlich ändern, um jetzt als Garant für die sächsische Zukunft vor der Wahlbevölkerung zu erscheinen? Ein kurzer Blick zurück: Die Linientreue wich im Herbst 1989 einer öffentlich nachvollziehbaren, recht vorsichtigen Distanzierung von der DDR an der Parteibasis, der auch Anfang November die Berliner Parteispitze folgte, indem sie ihren bisherigen Vorsitzenden Gerald Götting aus dem Amt drängte. In der Folgezeit „etablierte sich die Ost-CDU als selbsternannte Protagonistin der Wende“ (S. 98), trat Ende Januar 1990 aus der Regierungskoalition in der Volkskammer unter Hans Modrow aus und ebnete sich so den Weg für die offizielle Zusammenarbeit mit der Schwesterpartei in der BRD.

Innerhalb weniger Monate wandelte sich das öffentliche Erscheinungsbild der sächsischen CDU durch den strukturellen Umbau – weg von der zentralistischen, hin zur demokratischen Organisationsform – der Parteiebenen und der stark veränderten Mitgliederstruktur. Neben den Altmitgliedern, einschließlich der übergetretenen Mitglieder des inzwischen aufgelösten Demokratischen Bauernbunds Deutschlands, waren die Protagonisten des Demokratischen Aufbruchs, des Neuen Forums und andere ‚unbelastete‘ Neumitglieder an der Profilierung beteiligt. In den Nominierungsveranstaltungen profitierten vielfach die neuen Kräfte vom Unmut der Parteibasis über das Auftreten der ‚Blockflöten‘.

Als Grundsteine des späteren Erfolges erwiesen sich die Gewinnung von Kurt Biedenkopf als Spitzenkandidaten sowie die aktive Wahlkampfunterstützung der Bundesgeschäftsstelle und deren Wahlkampf-Stammagentur, die Hilfe des baden-württembergischen Landesverbandes sowie der südwestdeutschen Partnerkreisverbände. „Die unerfahrenen Direktkandidaten fanden in gesonderten Strategiepapieren Informationen zur Gegner- und Wahlkreisanalyse sowie zur Wahlkampf-führung im Allgemeinen, organisierten Seminare zur Vorbereitung und Führung des Wahlkampfes“ (S. 101). Neben einer Image- („Es geht um Sachsen“) und Konkurrenz- (die potenzielle Klientel von DSU und FDP) führte die CDU eine Themenkampagne. Für Letztere lieferte Kurt Biedenkopf auf dem zweiten Landesparteitag in seiner programmatischen Rede den roten Faden: Den Flächenstaat Sachsen wieder begründen, dabei die Vielfalt der einzelnen Regionen beachten und die kommunale Ebene stärken; innovative Erneuerung der unrentablen, technologisch rückständigen Wirtschaft; Bildung, wissenschaftliche Forschung und Entwicklung den westlichen Standards anpassen und Sachsen als das traditionsreiche Kulturland wiederbeleben.

Im Gegensatz zur CDU war die SPD eine Neugründung, welche Anfang 1989 dem Wunsch in kirchlichen Seminaren, Friedens- und Arbeitskreisen entsprang, „die geistigen Strömungen von Teilen der Bürgerrechtsbewegung in die Form einer sozialdemokratischen Organisation zu gießen“ (S. 113). Am 7. Oktober 1989 gegründet, verfügte sie bereits im Januar 1990 über etwa 30.000 Mitglieder, konnte jedoch noch nicht über einen hauptamtlichen Apparat handeln und litt an Strukturproblemen. Der sächsischen SPD gelang es kurzfristig nicht, den Ruch einer reformierten SED abzuliegen und der Wählerschaft sozialdemokratische Ziel- und Wertvorstellungen zu vermitteln. Thematisch engagierte sich die Partei für die Sicherung alter und Schaffung neuer rentabler Arbeitsplätze und brachte das in der Leitformel „ökologisch orientierte, soziale Marktwirtschaft“ unter. Den parteipolitischen Konkurrenten von CDU und PDS wurde die Blockpartei-Vergangenheit in der DDR und die dortige staats-tragende Rolle vorgehalten und dabei die eigene historische Unbelastetheit hervorgekehrt.

Die vierzigjährige, unrühmliche Vergangenheit lastete als Erbe schwer auf der SED/PDS und gestaltete so den sächsischen Wahlkampf auch als einen Kampf ums gesell-

schaftspolitische Überleben. Bezeichnend sind die Sprachregelungen, die in Dokumenten der „Landeswahlleitung“ auftauchen, wie „generalstabsmäßig“, „Wahlkampfssystem“, „Erarbeitung strategischer Grundorientierungen“ oder den Wahlkampf auf „wissenschaftlicher Grundlage“ zu führen (S. 129). Die PDS versuchte sich als inhaltlich gewandelte, neu entstandene demokratische Kraft zu präsentieren, die programmatisch nichts mit ihrer Vorgängerin zu tun habe und nun aktiv zur Überwindung der von der SED verschuldeten Missstände beitragen wolle. Mit dem Leitslogan „Für ein demokratisches und sozial gerechtes Sachsen“ und der Losung „Mehr Demokratie wagen“, versuchten sich die Postkommunisten als die Demokraten darzustellen, welche ohne Bevormundung durch eine „westliche Mutterpartei“ die Interessen der hiesigen Bevölkerung vertreten. Einige der Schwerpunkte der PDS-Themenwahlkampagne waren die Ausarbeitung und Verabschiedung einer Landesverfassung durch Volksentscheid, Ökologie, Kultur, Marktwirtschaft und soziale Sicherheit. Durch thematische Parallelen war die sächsische Sozialdemokratie der parteipolitische Hauptgegner, neben dem eigenständigen Politischen: Diktaturvergangenheit und deren negative öffentliche Diskussion.

Etwa drei Viertel der Wahlberechtigten nahmen das Recht in Anspruch, ihre Volksvertreter für den Sächsischen Landtag zu wählen. Dabei entfielen mehr als die Hälfte der Stimmen auf die Christdemokraten, die mit Kurt Biedenkopf einen inzwischen auch im Freistaat prominenten Politiker an ihrer Spitze wussten. In der Wählergunst folgten die SPD (19,1 %) und die PDS (10,2 %). Die Fünfprozenthürde überboten das Wahlbündnis aus Neuem Forum, Bündnis 90 und den Grünen sowie die FDP. Mit erklärlichen 3,6 Prozent der Stimmen schaffte die DSU als konservatives Korrektiv nicht den Einzug in das Parlament und trat in der Folgezeit ihren Weg in die politische Bedeutungslosigkeit an.

Was hier als chronologischer Abriss für die erste Sächsische Landtagswahl wiedergegeben wurde, findet im Text seine Fortsetzung für die folgenden Wahlkämpfe. Thomas Schubert verweist darin auf Zusammenhänge, die mit vielfältigen theoretischen Überlegungen und methodischen Vergleichen untermauert sind. So sind unter anderem Vergleiche über die Entwicklung des allgemeinen Wahlverhaltens in Ostdeutschland sowie eine vergleichende Analyse der Landtagswahlkämpfe einbezogen und der Autor geht der Frage nach, ob stets klare programmatische Unterschiede der betrachteten Parteien formuliert wurden. Unterstützt werden die Aussagekraft der Beweisführungen durch das umfangreiche Quellen- und Literaturverzeichnis sowie den logisch gegliederten Tabellenanhang.

Neben einer Fülle von ökonomischen, partei- oder innenpolitischen Einflussfaktoren, welche die Parteikonzeptionen in den betrachteten anderthalb Jahrzehnten bestimmten, lassen sich immer wieder auf Grundmuster reduzieren: Das heißt, welche strukturellen, konzeptionellen und prozessualen Eigenheiten charakterisierten die Landtagswahlkämpfe? Augenscheinlich wird, dass der politische Aufbruch in den unterschiedlichen Transformationsphasen jeweils veränderte personelle und thematische Schwerpunkte nach sich zog, strategisches Verhalten in Verbindung mit der Bundespartei zu sehen ist und regionale Aspekte immer einbezogen, aber oft untergeordnet waren. „Nirgends sonst kommen innerhalb des politischen Prozesses so komprimierte Verhaltensmuster der Landesparteien zum Vorschein, nirgends sonst tritt der Parteienwettbewerb, ob inszeniert oder nicht, derart deutlich zutage. Landtagswahlkämpfe nötigen die Landesverbände, politisches Personal zu rekrutieren, eigene Programme zu entwickeln und sich zu landes- und bundespolitischen Themen zu positionieren“ (S. 19). Zurückblickend ist festzustellen, dass ökonomische Transformation und soziale Umbrüche die Wahlkämpfe polarisierten, denn die programmatischen Hauptkonfliktlinien sind in der Regel sozioökonomisch: das wirtschafts-

politische Themenfeld reflektiert deutlich das ideologische Fundament eines Parteiensystems.

Obwohl die führende Rolle der CDU in Landtag und Regierung sich für den Freistaat Sachsen als überaus erfolgreich (im Vergleich zu den anderen vier Neuen Bundesländern), vor allem im wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bereich, gestaltete, konnte sie nach dem Abgang von Biedenkopf nicht mehr an ihre früheren Wahlerfolge der 1990er-Jahre anknüpfen. Das Ergebnis der Landtagswahl 2004 brachte nicht nur die große Koalition zwischen CDU und SPD, sondern fand bundesweit Resonanz durch den erstmaligen Einzug der NPD in einen solches Repräsentantenhaus.

Dresden

Uwe Ullrich

Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte

STEPHAN SELZER, Blau. Ökonomie einer Farbe im spätmittelalterlichen Reich (Monographien zur Geschichte des Mittelalters, Bd. 57), Anton Hiersemann, Stuttgart 2010. – VIII, 543 S. (ISBN: 978-3-7772-1029-2, Preis: 178,00 €).

Die Rolle von Farben im Mittelalter ist eine Domäne, welche bisher vor allem Kunsthistorikern vorbehalten ist. Dass dies nicht zwangsläufig der Fall sein muss, zeigt Stephan Selzer mit der Druckfassung seiner an der Martin-Luther-Universität in Halle eingereichten Habilitationsschrift. In seiner Arbeit wendet sich der Autor insbesondere aus wirtschafts- und sozialgeschichtlicher Perspektive der Bedeutung der Farbe Blau im Reich zwischen ca. 1300 und 1530 zu. Kunsthistorische Aspekte werden dabei bewusst größtenteils ausgeklammert. Für seine Arbeit nimmt Selzer drei verschiedene Bereiche in den Blick. Neben dem städtischen und höfischen Milieu widmet er sich auch dem Anbau von und dem Handel mit der für die Blaufärbung von Tuchen im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit bedeutenden Pflanze Waid.

Die konzise geschriebene Einleitung widmet Selzer Forschungsstand und Quellenlage (S. 1-18). Im zweiten Kapitel (S. 19-39) erläutert der Autor biologische und anthropologische Aspekte von Farbigkeit und gibt einen hilfreichen Kurzüberblick zu „Liturgischer Farbordnung“ und „Höfischer Farbsymbolik“. Abschließend formuliert er das Ziel seiner Arbeit, die Käufe von Kleidung im städtischen und höfischen Bereich hauptsächlich als Konsumentenscheidung und nicht im Kontext der zuvor beschriebenen liturgischen und farbsymbolischen Aspekte zu untersuchen.

Vorrangig anhand zahlreicher Testamente aus Hansestädten sowie der sogenannten Handelsbücher hansischer und oberdeutscher Kaufleute widmet sich Selzer im dritten Kapitel zuerst der Farbigkeit von Kleidung, insbesondere der städtischen Oberschicht, im Spätmittelalter (S. 41-97). Am Beispiel der Lübecker Testamente wird hierbei deutlich, dass das vom Autor in den Blick genommene Blau sich bis ca. 1400 als Kleiderfarbe großer Beliebtheit erfreute, nach dieser Zeit aber quantitativ von Schwarz verdrängt wurde; ein Trend, der etwa auch für Braunschweig oder in Süddeutschland für Nürnberg nachweisbar ist. Selzer stellt jedoch heraus, dass dieser „Farbwechsel“ vom 14. zum 15. Jahrhundert sich keinesfalls direkt auch in anderen Quellen wie Handlungsbüchern niederschlug, sondern schwarze Tuche im Handel zumindest direkt nach 1400 noch nicht zahlenmäßig hervorstachen bzw. andere Farben vollständig verdrängten.

Den zweiten Teil des dritten Kapitels widmet Selzer dem Hofgewand (S. 98-211). Der Autor nutzt hierfür neben Archivalien zum hessischen, bayerischen und henne-